

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

I. Unser Zusammenleben

1. Unter den herrschenden politischen Kräften ist es zur gesellschaftlichen und sozialen Spaltung im Land gekommen. Tiefgreifende Fehlentscheidungen für unsere Zukunft wurden getroffen. Mitglieder der dafür verantwortlichen Parteien sitzen in Gremien von Landkreis, Städten und Gemeinden. Zusammenhalt, Verantwortungsbewusstsein und Gemeinsinn der Bürger müssen wiedergefunden werden. Demokratischer Bürgerwille, Pflege, Erhalt und Achtung der Traditionen, Nächstenliebe und Liebe zum Heimatland sind gute Ausgangspunkte dafür. Daran muss sich kommunales Wirken und Fördern orientieren.
2. Lebenswerte Kommunen und die Stärkung des ländlichen Raumes werden Leitgedanke und Schwerpunkte unserer Kommunalpolitik sein. Prüfkriterium aller kommunalpolitischen Entscheidungen ist: **„Was dient dem Bürger“**.
3. Gemeinden und Landkreis müssen zu Orten gelebter, generationsübergreifender, traditioneller Gemeinsamkeit werden - **ohne Bürger ist kein Staat zu machen**. Der wachsende einseitige linksideologische Einfluss auf das Miteinander muss begrenzt und zurückgedrängt werden.
4. Der soziale Friede kann nur gewahrt werden, wenn sich viele in die Stadt- oder Dorfgesellschaft einbringen. Dazu gehören Menschen aller Altersgruppen und sozialen Schichten mit unterschiedlichsten Meinungen ohne Ausgrenzung.
5. Das friedliche Miteinander aller Bürger ist uns wichtig. Keine falschen Rücksichten auf Menschen, die unsere Kultur ablehnen oder sich aus politisch-ideologischen Gründen aggressiv gegen die überlieferten bürgerlichen Lebensformen und Verhaltensregeln unserer Gesellschaft stellen.

II. Kommunalentwicklung, Selbstverwaltung, Sicherheit

1. Kommunale Selbstverwaltung und Selbstverantwortung sind unerlässlich, höhere Grundzuweisungen müssen die Finanzausstattung der Gemeinden so stärken, dass sie wieder finanzielle Handlungsspielräume erlangen.
2. Kommunen und Landkreis sind von Bürokratie und unnötigen Aufgaben zu entlasten.
3. Die Transparenz kommunaler Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse zu verbessern und die stärkere basisdemokratische Einbeziehung der Bürger, sind uns besonders wichtige Anliegen. Die Kommune muss als erlebbarer Dienstleister in rechtsstaatlichem Verwaltungshandeln für den Bürger sichtbar sein. Das Kreisinformationssystem ist ein guter Ansatz, die Kommunen müssen nachziehen. Vorhaben von besonderer Tragweite sind zwingend den Bürgern zum Entscheid vorzulegen. In Bautzen betrifft das vor allem den Vorschlag einer Fußgängerbrücke über das Spreetal zwischen Parkplatz Schliebenstraße und Ortenburg.
4. Die AfD tritt für eine Belebung der Innenstädte durch Anschubfinanzierung für Existenzgründer ein sowie den kommunalen Erwerb von stadtbildprägenden Immobilien bei Verkauf oder Zwangsversteigerung, um günstige Innenstadtmietpreise für Gewerbe anbieten zu können.
5. Einheimische und Touristen verlangen ein ausreichendes Parkplatzangebot, vor allem in Bahnhofsnähe. Teilflächen der Bahn bieten sich dafür in Bautzen an. Dazu muss es Verhandlungen, Gespräche und

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

ein nachhaltiges Konzept geben. Am Bahnhof erwartet man eine Haltestelle aller Buslinien. Kostenfreie Kurzzeitparkangebote sollten in jenen Kommunen verwirklicht werden, wo die örtlichen Gegebenheiten es sinnvoll erlauben.

6. Bürger und Besucher erwarten einen sauberen und gepflegten Ortskern und gepflegte touristische Sehenswürdigkeiten. Hier besteht großer Handlungsbedarf in vielen Gemeinden, Ortsteilen und Städten. Straßen, Fußwege, historische Pflasterflächen, öffentliche Treppenanlagen oder Wege in Erholungsgebieten sind oft in einem vernachlässigten Zustand, öffentliche Toiletten fehlen oder sind geschlossen.

7. Damit unsere Kommunen ein gepflegtes Erscheinungsbild ausstrahlen, müssen bauliche Schandflecke verschwinden. In Bautzen gilt das z. B. für den Erhalt der alten Posthalterei und deren bauliches Umfeld zwischen Goschwitzstraße und Lauengraben sowie die vom Einsturz bedrohten barocken Bürgerhäuser Innere Lauenstraße. Hierfür müssen umgehend Lösungen in Angriff genommen werden. Seit Jahren geschah nichts zur Entwicklung dieser Bereiche. Für sie muss höchste Priorität gelten.

8. Grundsätzlich gilt: Die vorhandene Bausubstanz ist zu sanieren, zu modernisieren und umzubauen, dies hat Vorrang vor Neubau - auch in der Förderung. Städtebauliche Rückbaubereiche aus DDR-Zeiten sind für andere Wohnformen neu zu entwickeln um der Zersiedelung entgegenzuwirken. Die AfD verlangt, dass sich Orts- und Stadtentwicklung immer auf die historischen Wurzeln beziehen muss.

9. Gemeinsam mit den zuständigen Entscheidungsträgern sind Städte mit ihrem Umland verkehrsmäßig besser anzubinden – in Bautzen z. B. nach Osten auf der Schiene zu den Nachbarländern und nach Westen zum S-Bahnbereich Dresdens. Dafür ist die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Görlitz erforderlich. Die verlaubliche Planungs- und Bauzeit von 10 Jahren ist eindeutig zu lang. Dieser Zeitrahmen ist mindestens zu halbieren.

10. Busverbindungen sollen zwischen den Städten und deren Umland verbessert werden, vor allem die Einführung von Spätbussen ist wichtig. Das städtische Kultur- und Gaststättenangebot lässt sich damit leichter nutzen.

11. Ein Kostenfreies Schüler-, Auszubildenden- und Seniorenticket ist Anliegen der AfD.

12. Ordnung und Sicherheit sind Grundlage für das gedeihliche Zusammenleben der Bürger. Flächendeckende und soweit erforderlich ganztägig besetzte Polizeistationen bilden die Voraussetzung dafür. Für ideologisch oder religiös motivierte Kriminalität und Vandalismus muss hoher polizeilicher Ermittlungsdruck bestehen. Die Straftaten sind hart zu sanktionieren. Polizei und Kommunalverwaltung sollen diesen Kriminalitätsbereich in einer besonderen Partnerschaft angehen. Der althergebrachte, zuvorkommende und anständige Umgang der Bürger miteinander darf nicht verschwinden. Besonders Frauen und Mädchen sollen sich sicher fühlen. Ausländische Straftäter müssen der Städte und Gemeinden dauerhaft verwiesen werden.

13. Die AfD wird durch hartes Gegensteuern unsere Heimatorte vor Kriminalität und kultureller Überfremdung schützen. Die konsequente Anwendung bestehender Gesetze muss ein erster Schritt zur Beseitigung der Fehllagen sein.

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

III. Wirtschaft und Finanzen

1. Die veränderten politischen Verhältnisse in Sachsen wird die AfD nutzen, um sich für die Rückkehrwerbung hier benötigter und ehemals in die alten Bundesländer abgewanderter Fachkräfte durch Förderprojekte einzusetzen. Dazu muss es hohe finanzielle Anreize für rückkehrwillige Familien und eine zentrale Stabsstelle in der Verwaltung geben, die mehr als bisher offensive Außenwirkung erzielt. Die Rückkehrermessen des Landkreises sind ein guter Ansatz dafür, reichen aber nicht aus.
2. Die AfD wird sich zur Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung dafür einsetzen, dass ansiedlungswillige Familien aus den alten Bundesländern, die dort einem sozialen, gesellschaftlichen und schulischen Druck durch Überfremdung ausgesetzt sind, gezielt in unsere weitgehend intakte Region geworben werden. Dabei muss es eine Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden des weiten Umlandes geben. Die so geförderte Region zahlt sich für alle aus, jedoch besonders für die Kommunen der großen Arbeitsplatzstandorte.
3. Der Erhalt eines wirtschaftsfreundlichen Umfeldes ist uns sehr wichtig. Der vorhandene Unternehmensbestand ist zu pflegen, seinen Bedürfnissen ist nachzugehen, um Abwanderung zu verhindern. Es muss regionale Kooperationen zwischen Kommunen, dienstleistender- und produzierender Wirtschaft geben mit dem Ziel wechselseitiger Unterstützung, Vernetzung und Wertschätzung. Wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen dürfen nicht von linken Ideologen diffamiert werden. Das vergiftet das Klima, kann zu Unternehmensrückzug führen oder verhindert neue unternehmerische Aktivitäten und Firmenansiedelungen.
4. Die AfD sieht großen Nachholbedarf bei der desolaten Infrastruktur. Ein riesiges wirtschaftliches Potential gilt es anzupacken. Die Sanierung und der Ausbau kommunaler Straßen in der Fläche, in Gemeinden, Städten und Ortsteilen, die Fußwege, die Radwege, das schnelle Internet, ein lückenloses mobiles Telekommunikationsnetz – das alles sind Baustellen, die das Ergebnis bisheriger Landes- und Kommunalpolitik sind.
5. Die katastrophalen Verkehrszustände auf der Bundesautobahn A4 sind der regionalen Wirtschaft nicht förderlich. Sachsen als Transitland für den Ost-West-Güterverkehr könnte entlastet werden, wenn der Verkehr auf die Schiene verlagert würde. Südwestlich von Bautzen oder im Radeberger Raum wären Umschlagplätze mit guter Anbindung denkbar. Dazu sollten Gespräche und Untersuchungen geführt werden.
6. Die Tourismusförderung muss sich auf die historische Substanz und Besonderheit unserer Heimat beziehen. Diese Substanz ist vielfältig wiederzubeleben und zeitgemäß umzusetzen und zu erneuern. Dabei ist auf die freudige Mitwirkung von Bürgern und einschlägigen Vereinen zu setzen. Ideologische Scheuklappen verbieten sich dabei. Erste Ansätze gibt es. In Bautzen ist das Altstadtfestival ein gutes Beispiel. Aber ohne Mittelzufluss und Verwaltungsunterstützung wird alles wieder versiegen.
7. Die AfD steht dafür, dass die lebensnotwendigen Ressourcen wie Trinkwasser, Strom und städtische Wohnungen im kommunalen Eigentum bleiben. Bei der Kostenerhebung ist die Finanzkraft der Abgabepflichtigen zu beachten. Auf Straßenbaubeiträge allgemein genutzter Straßen sollte verzichtet werden.
8. Die Grundsteuer ist aufkommensneutral zu reformieren ohne Mehrbelastung. Durch einen ausgleichenden Mittelzufluss aus Bund oder Land in die Kommunen ist sogar der Verzicht auf eine Grundsteuerhebung denkbar.

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

9. Allen alles zu versprechen ist typisch sozialistisch und utopisch. Wir stehen daher für ausgeglichene kommunale Haushalte. Emotionale und unwirtschaftliche Entscheidungen, die zu unkalkulierbaren finanziellen Defiziten führen, lehnen wir für die Zukunft strikt ab. Sachpolitik darf nicht emotional oder aus Eigeninteresse kleiner Gruppen betrieben werden. Keine Neuverschuldung, die kommunalen Gestaltungsspielraum verhindert!

10. Eine notwendige Umschichtung finanzieller Zuwendungen muss neu in der Breite der Gesellschaft erfolgen. Es gilt den bürgerlichen Boden zu kultivieren und keine sozialistischen Sümpfe zu subventionieren.

11. Fördermittelgewinnung muss sich ausschließlich auf Investitionen und Vorhaben für den wirtschaftlichen Aufschwung konzentrieren, nicht für ideologische Projekte. Nur Minderheiten nutzende ideologische Projektförderungen sind umgehend zu beenden. Förderung muss wieder ideologiefrei werden! Hier gibt es große kommunale Einsparmöglichkeiten.

IV. Der ländliche Raum

1. Um landwirtschaftliche Existenzgründer zu unterstützen, hält die AfD eine finanzielle und ideelle Unterstützung zum Erwerb und der Sanierung von vorhandenen Hofstellen für erforderlich. Vorrang soll die Förderung von traditionellen Höfen erfahren, die das Ortsbild charakteristisch prägen (z. B. Drei- oder Vierseitenhöfe).

2. Sinnvolle betriebswirtschaftliche Investitionen im Agrarbereich sollen von den Genehmigungsbehörden ohne bürokratische Hürden ermöglicht und unterstützt werden.

3. Mittel aus Europäischen Strukturfonds und regionalen Entwicklungskonzepten für ausgewählte Vorhaben müssen von einer qualifizierten Fachstelle gezielt ins Kreisgebiet geholt werden.

4. Die AfD fordert: Keine Abholzung von Wäldern zugunsten von Windkraftanlagen!

5. Kommunalen Waldbesitz gilt es zu erhalten und zu entwickeln als Erholungsort der Bürger und als langfristige wirtschaftliche Perspektive.

6. Die AfD fordert keine Schulschließungen mehr im ländlichen Raum.

7. Bessere familien- und seniorengerechte Busanbindung der ländlichen Orte.

V. Strukturwandel Lausitz

1. Ober- und Niederlausitz stellen keinen einheitlichen wirtschaftlichen Raum dar. In der Region südlich von Bautzen finden sich andere wirtschaftliche Strukturen als in jenen Bereichen der Kohleförderung und Energieerzeugung. Das ist grundsätzlich zu beachten.

2. Die hochideologische Energiepolitik der Bundesregierung mit dem Ziel eines kurzfristigen Ausstieges aus dem Kohleabbau und der Verstromung könnte für Teile der Lausitz katastrophale Folgen haben. Die AfD fordert daher dieses Ziel erst anzugehen, wenn die physikalischen und technischen Voraussetzungen für die Stabilität unseres Stromverbundnetzes gegeben sind.

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

3. Die alternative Nutzung von Braunkohle in der Grundstoff- und Treibstoffindustrie muss erforscht und gefördert werden.
4. Tausende Lausitzer Arbeitnehmer werden die verfehlte Energiepolitik tragen müssen. Die AfD fordert eine „Sonderwirtschaftszone Lausitz“. Dies könnte den Strukturwandel erleichtern. In diesem Gebiet muss es minimale Bürokratie bei Existenzgründung, Unternehmens- und Gewerbeansiedlung geben, flankiert von niedrigsten Steuern und Abgaben. Die Bodenpreise sind zu stützen, Spitzentechnologiefirmen, Institute, Behörden, Hochschulen usw. anzusiedeln, dazu neue modernste Verkehrsverbindungen zu schaffen und Fördermittel über Jahre in mehrstelliger Milliardenhöhe durchzusetzen. Nur solche Maßnahmen können neue Arbeitsplätze in die Lausitz bringen.
5. Die AfD fordert daher: Kontinuierlich neue Arbeitsplätze in einer Sonderwirtschaftszone zu schaffen, bei gleitendem Ausstieg aus der Kohleverstromung.
6. Zur Vorbereitung des Strukturwandels ist schon jetzt der Raum Hoyerswerda infrastrukturell an das Wirtschaftszentrum Dresden anzubinden, z. B. durch den Ausbau der Bundesstraße 97. Bei allen Baumaßnahmen am Straßen- oder Schienennetz sind von Anfang an die Bestimmungen der Bundesimmissionschutzverordnung strikt einzuhalten (Schallschutz).
7. Für die historisch gewachsene Handwerks- und Industrieregion um Bautzen und im Oberland müssen Erhalt, Entwicklung und Förderung ein ganz wichtiges Thema wirtschaftlicher Strukturpolitik des Landkreises sein.

VI. Familie, Kinder, Jugend, Senioren

1. Zur Eigentumbildung für Familien sind Grundstücke von der öffentlichen Hand günstig zur Verfügung zu stellen. Das genossenschaftliche Wohnen und der soziale Wohnungsbau sind zu fördern.
2. Zur Familie gehören Kinder. Intakte traditionelle Familien sind die Grundlage der Gesellschaft. Wir fordern eine Willkommenskultur für Kinder in allen kommunalen Bereichen. Familien sind überall zu bevorzugen, keine kommunalen Eintritte, Gebühren und Beiträge in Kultureinrichtungen, Bädern, Sporthallen, Vereinen, Verkehrsmitteln usw. Hier muss Förderung übergreifend einsetzen, denn **ohne Kinder keine Zukunft**.
3. Kindertagesstätten müssen kostenfrei sein. In Kommunen, die dies aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten können, sind die Elternbeiträge zu staffeln. Ab dem dritten Kind entfallen die Beiträge. Dasselbe gilt auch für das Essen in Kitas und Schule. Dieses muss aus frischen und überwiegend regionalen Lebensmitteln bestehen.
4. Die soziale Beratung für Familien und in Schulen sowie Angebote für mit schweren Problemen und Not belasteten Familien und Mitbürgern muss finanziert und gewährleistet werden.
5. Kommunale Jugendbeiräte aus allen Schichten der Bevölkerung und mit jeder politischen Einstellung sollen in die Stadtentwicklung konstruktiv mit einbezogen werden.
6. Die Förderung aller Angebote und Aktivitäten für Jugendliche hat politisch neutral zu erfolgen. Die Angebote müssen für jeden offen sein. Einseitigen politischen und ideologischen Einfluss darf es nicht geben.

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

7. Besonders für die Förderung der Begegnung zwischen Jugendlichen der Städte- und Gemeindepartnerschaften sind notwendige Mittel bereitzustellen. Damit wird Weltoffenheit gefördert und Vorurteile lassen sich auf der menschlichen Ebene abbauen.
8. Der längeren Lebenserwartung entsprechend müssen genügend altersgerechte und bezahlbare kommunale Wohnungen vorgehalten werden. Dies zu garantieren muss die Aufgabe der kommunalen Wohnungsbauträger sein in Verbindung mit der gezielten Anwerbung von Investoren in diesem Bereich.
9. Der Wunsch älterer Menschen ist es, möglichst lang in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu bleiben. Die AfD will das kommunalpolitisch berücksichtigen. Hierzu bedarf es barrierefreier Wege zu Versorgungseinrichtungen, Diensten und Haltestellen, Schutzinseln zur Straßenüberquerung, gute Straßenbeleuchtung usw. Angebote für alte Menschen sollen so gestaltet werden, dass deren soziale Beziehungen erhalten bleiben oder sich neue unkompliziert knüpfen lassen.
10. Gegen die Vereinsamung alter Menschen muss der früher übliche Austausch zwischen Jung und Alt in Mehrgenerationsmodellen organisiert und gefördert werden. Das Engagement Jugendlicher für Begegnung und Betreuung soll aktiv beworben und öffentlich gewürdigt werden. Durch die Bereitstellung preiswerten Wohnraumes für Auszubildende und Studenten in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen kann man den Jugendlichen im Gegenzug Unterstützung der alten Mitbewohner abverlangen.
11. Zur Entlastung von Familienangehörigen in der häuslichen Pflege müssen Tagespflegeeinrichtungen gefördert werden.
12. Viele ältere Menschen möchten ihre im Lebenslauf erworbenen vielfältigen kulturellen Interessen aufrechterhalten. Im Hinblick auf die überwiegend geringen Renten fordern wir daher einen kostenlosen Eintritt bei kulturellen Veranstaltungen sowie in Ausstellungen und Museen.

VII. Bildung

1. Die Bildungseinrichtungen müssen erhalten werden. Als Berufsschulstandort sichert zum Beispiel Bautzen den Nachwuchs für Handwerker und Unternehmen der Region. Vielfalt der Betreuungs- und Bildungsangebote dürfen nicht weiter reduziert, sondern müssen ausgebaut werden, sämtliche Schularten, Förderschule, die Berufsakademie, Musikschulen, die sorbischen Bildungsangebote und die Erwachsenenbildung sind zu pflegen und auszubauen.
2. Zur Bindung neuer gut ausgebildeter Lehrer an unsere Region muss die Lehrerausbildung der zweiten schulpraktischen Phase mit Staatsexamen auch hier in der Region erfolgen. Die AfD regt ein Zentrum für Lehrerbildung in Bautzen an.
3. Sicherung und Entwicklung moderner und wohnortnaher Schulstandorte sowie Modernisierung der Schulgebäude und Schulausstattung sind für Eltern und Kinder unerlässlich. Die demografische Entwicklung ist dabei genau zu beobachten. Vorrangig vor umfangreichen Investitionsentscheidungen müssen alternative Untersuchungen und Lösungsansätze sein.
4. Die Qualitätssicherung der Bildungsangebote in Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtung ist nur mit ausreichendem Personal möglich – eine Grundforderung der AfD! Die Schule muss die Kinder auf das Leben, den Beruf oder weiterführende Schulen optimal vorbereiten unter Wahrung politischer Neutralität.

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

5. Die Genderideologie ist im höchsten Maße kinder- und familienfeindlich und wird deshalb von der AfD grundsätzlich abgelehnt. Die widernatürliche Politik-Agenda von „Gender Mainstreaming“ als linke ideologische Kindermanipulation darf sich nicht in unseren Kitas und Schulen ausbreiten. Der grundgesetzlich garantierte Schutz der Familie muss erhalten bleiben.

VIII. Kultur / Sport / Vereine / Feuerwehr

1. Theater, Museen, Bibliotheken und musikalische Bildungseinrichtungen sind attraktiv und ziehen viele Besucher und Nutzer an. Das muss so bleiben, auch im Hinblick auf sorbische Kultureinrichtungen.
2. Die Förderung kultureller und sportlicher Einrichtungen oder Vereine ist der AfD wichtig. Die Förderung ist an traditionellen bürgerlichen Vorstellungen und Bedürfnissen auszurichten. Im Vordergrund stehen Freizeit- und Lebensqualität sowie die Wahrung unserer kulturellen Werte. Mittelbereitstellung für ideologisch begründete Minderheitenprojekte lehnen wir ab. Kultur- und Sportförderung darf kein Spielfeld für Ideologen sein.
3. Schüler sollen Kultureinrichtungen nach ihrem Interesse freiwillig und ohne ideologischen Druck besuchen.
4. Der Sport ist mit vielfältigen Betätigungsmöglichkeiten wichtig für alle Bürger. Gesundheit und Gemeinschaftssinn werden gestärkt. Eine Förderung muss daher gewährleistet sein. Besondere Zuwendungen sollen Vereine bekommen, die vorrangig Angebote für Kinder, Senioren und zur Gesundheitsförderung bereitstellen.
5. Die AfD möchte, dass Heimat-, Trachten-, Volkstanz- und Schützenvereine, die Brauchtums und Ortschronikpflege, Heimatgeschichtsforschung sowie Fördervereine für Denkmale, historische Gebäude und Parkanlagen ganz besonders unterstützt werden. **Wir müssen unsere Identität stärken und pflegen!**
8. Freiwillige Feuerwehren erfüllen nicht nur schützende und rettende Funktionen. Sie übernehmen wichtige gemeinschaftsbildende Aufgaben wie Traditionserhalt und -pflege bei kommunalen Festveranstaltungen, der Feuerwehrmusik usw. Für dieses Engagement fordert die AfD mehr materielle Unterstützung, vor allem bei der Werbung des Nachwuchses, der praktischen Ausbildung und bei Neuanschaffungen. Die AfD fordert eine Gesetzesinitiative des Landtages für eine gesetzlich geregelte monatliche Aufwandsentschädigung für freiwillige Feuerwehren und das THW. Von kommunaler Seite ist bei Arbeitgebern auf mehr Unterstützung bei Einsätzen von ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkameraden hinzuwirken. Diese Maßnahme würde die Berufsfeuerwehren logistisch und kostenmäßig entlasten.

IX. Gesundheitsfürsorge

1. Die AfD verlangt eine angemessene medizinische Grundversorgung flächendeckend im Landkreis. In abgelegenen ländlichen Gebieten, wo die Unterversorgung besonders gravierend ist, kann das nur mit der Wiedereinführung von Gemeindeschwestern gelingen. Diese arbeiten weitgehend selbständig und unterstützen Arztpraxen, Gesundheitszentren und den Sozialverwaltungen.

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG – AM 26. MAI 2019

2. Kommunen und der Landkreis müssen starke Anreize für Niederlassungen von Medizinern im ländlichen Raum schaffen. Die Krankenhaustandorte mit all ihren Stationen sind unbedingt zu erhalten. Dies gilt besonders für Geburtstationen. Hebammen müssen neben dem Gründungszuschuss einen Bonus ab der vierten Geburt als Anreiz für flächendeckende Versorgung bekommen. Eine Unterstützung für die Berufshaftpflicht der Hebammen ist erforderlich.
3. Gesundheit ist immer auch Vertrauenssache. Bei Ärzten und Pflegern mit sprachlichen Defiziten wird kaum Vertrauen erwachsen. Die AfD fordert vor der Zulassung und Anstellung ausländischer Ärzte, Therapeuten und Pfleger eine sprachliche und fachliche Prüfung nach unseren Standards.
4. Derzeit kommt jeder fünfte Rettungswagen zu spät. Wir verlangen daher die Einhaltung der gesetzlichen Mindestrettungszeit von 12 Minuten in 95 Prozent der Einsatzfälle. Die Verhältnisse in den Rettungswagen sind umgehend zu verbessern.

X. Natur-, Tier- und Hochwasserschutz

1. Natur- und Tierschutz dürfen sich nicht verselbständigen, sondern müssen im Einklang mit den Bedürfnissen der Bürger stehen.
2. Vor dem Hintergrund der rasant wachsenden Anzahl von Wolfsangriffen auf Weidetiere sowie der zunehmenden Tendenz der Herausbildung unnatürlicher Verhaltensweisen des Wolfes ist es unbedingt notwendig, Regulierungsmaßnahmen zu erleichtern und zu ergreifen, um die weitere Verbreitung des Wolfes in unserer Region zu begrenzen. Der Landkreis soll Schäden durch Wildtiere unbürokratisch und zu 100% begleichen.
3. Das Engagement der Kleingärtner und Kleintierzüchter ist unverzichtbar und muss breit anerkannt werden. Sie erhalten unsere alten Kultursorten und Haustierrassen und erzeugen obendrein gesunde Lebensmittel.
4. Der Einsatz zur Erhaltung und Pflege unserer verbliebenen Kulturlandschaften sowie der Instandhaltung und Markierung der Wanderwege dient wertvollen Erholungs- und Erlebnismöglichkeiten. Der Arbeit privater Initiativen und von Naturschutz- und Wandervereinen in diesen immer schwächer werdenden Bereichen sichert die AfD ihre volle Unterstützung zu. Den ausufernden Schäden am Wanderwegenetz durch den Einsatz von schweren Forstmaschinen ist Einhalt zu gebieten. Erholung und Tourismus werden dadurch stark beeinträchtigt.
5. Die Ausweitung von Windenergiestandorten lehnen wir als schwere Natur- und Landschaftsschädigung kategorisch ab, desgleichen Photovoltaik auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Wir unterstützen Wasserkraftanlagen und die Nutzung alter Wasserrechte.
6. Die ehrenamtliche Tätigkeit in Tierheimen muss mehr unterstützt werden.
7. Hochwasser- und Überflutungsschutz in den Gemeinden gehen zu langsam voran. Für den Hochwasserschutz an Gebäuden müssen Kommunen und Landkreis Fortbildungsangebote für betroffene Eigentümer anbieten, desgleichen für Feuerwehren und THW.